

Jammern auf hohem Niveau

Basler Zeitung, 2.6.2016

Der Streit um Sparmassnahmen bei der Bildung eskaliert und artet zum Verteilungskampf aus

Von Thomas Dähler

Liestal. Die einen prangern das Kaputtsparen der Bildung an, die andern rufen nach Massnahmen gegen die ausufernden Bildungskosten: Die politische Debatte und der Verteilungskampf um die öffentlichen Finanzen für die Bildung eskalieren. Mehr Gymnasialisten, mehr Berufsmaturanden, mehr Studierende: Tatsache ist, dass der staatliche Aufwand für die Bildung jedes Jahr steigt. Seit 2003 weist die publizierte Statistik für den Kanton und die Gemeinden ständig höhere Kosten aus. 2011 wurde die Milliardengrenze überschritten. Ob mit den wachsenden Kosten durchwegs auch die Ausbildungsqualität der Jugendlichen steigt, ist jedoch nicht belegt.

Sicher ist im Baselbiet nur eines: Der Kanton kann sich wachsende Bildungsausgaben nicht unbeschränkt leisten. Deshalb hat Finanzdirektor Anton Lauber auch dem Bildungsaufwand als einem von drei Kostentreibern den Kampf angesagt.

Kaputtsparen verhindern

Begreiflicherweise wehren sich die betroffenen Jugendlichen und die Angestellten im Bildungsbereich gegen die angesagten Sparmassnahmen. Doch angesagt sind nicht nur Auseinandersetzungen um den möglichst effizienten Umgang mit dem Bildungsfranken. Längst hat eine Grundsatzdiskussion eingesetzt. «Wir wollen das Kaputtsparen bei der Bildung verhindern», sagt der Lehrerinnen- und Lehrerverband Baselland. «Wir wollen bei der Bildung gar nicht sparen», sagt das Komitee «Bildung wahren statt sparen», das sich aus den Jungsozialisten (Juso) nahestehenden Jugendlichen zusammensetzt. Nils Jocher, der lauteste Sprecher des Komitees, agiert im eigenen Interesse: «Man muss zuerst auf sich selber schauen und sagen: Wir wollen die beste Bildung für alle Baselbieter.» Auch die teuerste?

Das Klagen um Sparmassnahmen im Bildungsbereich ist im Baselbiet ein Jammern auf hohem Niveau. Um die Auslegung der Statistik kann zwar



Hohe Maturitätsquote. Möglichst viele Maturanden führen nicht automatisch zu möglichst vielen Hochschulabschlüssen. Foto Florian Bärtschiger

gestritten werden. Doch der Trend ist klar: Die Schulbildung gewinnt zulasten der rein beruflichen Ausbildung in der Privatwirtschaft. Selbst wenn sich die Gymnasien und die Fachmittelschulen darum bemühen, die Kosten niedrig zu halten: Höhere Maturandenquoten

führen in jedem Fall zu mehr Studierenden an den Hochschulen.

Von 2010 bis 2015 stieg die Quote der gymnasialen Maturität im Baselbiet von 19,6 auf 23,1 Prozent. Wenn der Liestaler Rektor Thomas Rätz in der Baz einwendet, Jahresvergleiche seien

wegen den Schwankungen nicht zulässig, sei ihm entgegengehalten, dass auch die Fünfjahresmittel nach oben zeigen. 2015 belief sich das Mittel der fünf letzten Jahre im Baselbiet auf 22,0 Prozent, 2010 noch auf 19,9 Prozent. Das liegt über dem nationalen Mittelwert. Landesweit stieg die gymnasiale Maturitätsquote im Fünfjahresmittel von 19,4 Prozent im Jahr 2010 auf 19,9 Prozent im letzten Jahr. Höhere Quoten weisen nur Basel-Stadt, das Tessin und die Romandie aus. Der Kanton Zürich etwa liegt um über drei Prozent zurück.

Noch drastischer ist der Anstieg der Maturitätsquote, wenn die berufliche Maturität mitberücksichtigt wird. Diese belief sich im letzten Jahr auf 46,3 Prozent (Fünfjahresmittel: 41,9). 2010 lag die Quote noch bei 33,0 (Fünfjahresmittel: 31,7). Auch diese Quote liegt weit über dem schweizerischen Mittel, das 2015 bei 37,5 Prozent lag.

Uni-Abschluss ist nicht garantiert

Immerhin kann der Kanton Basel-Stadt für sich in Anspruch nehmen, dass auch die Hochschulabschlussquote entsprechend gut ist. Sie belief sich 2014 auf 29,4 Prozent. Das Schweizer Mittel liegt bei 28,2 Prozent. Dass diese Quote nicht beliebig gesteigert werden kann, beweist der Kanton Basel-Stadt: Trotz einer hohen Maturitätsquote von zuletzt 48,4 Prozent liegt die Hochschulabschlussquote im Stadtkanton nur bei tiefen 22,4 Prozent. Offensichtlich führt eine besonders grosse Zahl Maturanden nicht automatisch zu erfolgreichen Studienabgängern.

Die Debatte um die Sparmassnahmen ist inzwischen zu einem Verteilungskampf geworden. Der Lehrerinnen- und Lehrerverband hat bereits eine Volksinitiative beschlossen, wonach auf derjenigen Bildungsstufe gespart werden muss, wo die «Kostensteigerungen» während der jeweils fünf letzten Jahre entstanden sind. Der Liestaler Rektor Rätz sagt, die Volksschule und die Tertiärstufe seien die Kostentreiber. Anders als der Lehrerverband warnt Rätz aber vor einem isolierten Blick auf die einzelnen Bildungsangebote.